



Auf dieser Straßenseite gibt es einen Radweg, auf der anderen parken die Autos.

Bild: Ramona Theiss

Schillerstraße: Streit um Radweg

CDU und Freie Wähler beißen sich an Parkplätzen fest – Antrag der Grünen verschoben

So heftig wird selten um eine Straße gerungen. CDU und Freie Wähler haben mit allen Mitteln versucht, im Bauausschuss einen Beschluss über den Radweg und die Parkplätze in der Schillerstraße zu verhindern. Mit einer Stimme Mehrheit wurde das Thema auf die nächste Sitzung verschoben.

VON HANS-PETER JANS

Es wurde ganz schön unruhig in den Reihen von CDU und Freien Wählern, als sich im Ausschuss abzeichnete, dass SPD, Grüne und FDP möglicherweise eine Mehrheit für den Radweg und für den Wegfall der Parkplätze bekommen könnten. Reinhold Noz (CDU) sprach vom „Todesstoß, den man den Geschäftsleuten versetzt“, Bernd Kirnbauer (FW) erklärte den Antrag der Grünen als nicht abstimmungsfähig, weil er zu spät eingereicht worden sei.

Was falsch war, wie Baubürgermeister Hans Schmid korrigierte, der gleichwohl einen FDP-Antrag für nichtig erklärte, weil dieser eine Verbesserung für Radfahrer im Rahmen einer gemischten Verkehrsfläche forderte, die verkehrsrechtlich dort nicht erlaubt sei.

Der Eindruck, den CDU und Freie Wähler vermittelten: Sie wollen alles, nur nicht auf die Parkplätze verzichten. Sie brachten die Einbahnstraße wieder ins Spiel oder eine Erschließung der Geschäfte über den rückwärtigen Bereich vom Bahnhof her. Noz verwies auch auf eine mögliche Tiefgarage unterm Schillerplatz,

die schon einmal in der Diskussion war.

Auch der Baubürgermeister tat sich sichtlich schwer damit, dass die Radinitiative und der Gesamtelternbeirat von einem angeblichen Konsens nach dem runden Tisch nichts wissen wollten. Einen solchen hat es nicht gegeben (wir berichteten). Eine Sicht, die auch Stadträtin Margit Liepins (SPD) bekräftigte: „Es gab beim runden Tisch keine Ein-

gung oder gar eine Abstimmung“, betonte sie. Das vermittelte Bild einer einvernehmlichen Lösung treffe nicht zu, so Markus Gericke (Grüne). Für Liepins ist es an der Zeit, die „unsägliche Diskussion“ zu beenden. Es gehe nicht an, den Schülern einen Radstreifen auf dem Hinweg zur Innenstadt-schule anzubieten, auf dem Rückweg aber nicht. „Es geht um mehr Sicherheit.“ Die Grünen wollen „endlich einen sicheren

Radweg für Schüler und Radfahrer anbieten“, so Gericke, der beantragte, in der Schillerstraße kurzfristig einen Radstreifen in Richtung Weststadt zu markieren und auf die Parkierung vollständig zu verzichten. Im Umfeld gebe es andere Parkmöglichkeiten.

Etwa in der dortigen Tiefgarage der Kreissparkasse, in der man in der ersten halben Stunde, wie der Baubürgermeister informierte, sogar kostenfrei parken kann.

Die CDU, die im Ausschuss nicht komplett vertreten war, und die Freien Wähler mussten sich sorgen, dass sie bei einer Abstimmung möglicherweise eine Niederlage einstecken müssen. Denn auch die FDP sprach sich für den Radstreifen und gegen die Parkplätze aus, Elga Burkhardt (Lubu/Linke) verlangte weitergehend die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsberühmten Bereichs mit Tempo 20, was aber laut Verwaltung in der vielbefahrenen Straße nicht zulässig ist.

In der Not beantragte Roland Glasbrenner (FW) schließlich, das Thema zu vertagen, um sich über die verschiedenen Standpunkte informieren zu können. Die FDP zeigte sich verunsichert und enthielt sich, die Lubu-Vertreterin stimmte überraschend mit den Parkplatz-Parteien. So setzten sich CDU und Freie Wähler durch, die Frage wird nun verschoben und im nächsten Ausschuss beraten.

„Wir wollten über Kinder und Sicherheit reden, jetzt haben wir nur über Parkplätze geredet“, resümierte Barbara Schüsler (Grüne). „Das ist erschreckend.“

Kommentar

So läuft es ins Leere

VON HANS-PETER JANS

In einem ist sich die Politik einig: Die Situation für Radfahrer muss sich in der Schillerstraße verbessern. Das „Wie“ ist mal wieder umstritten, und so droht die Sicherheit der Schüler in der Endloschleife debattierender Zirkel zu verenden.

Die alten Fronten sind aufgebrochen: Hier die Parkplatz-Kämpfer, dort die Radfahrer-Parteien. Und dazwischen die Stadt, die doch so gerne die Radfahrer fördern möchte, aber in diesem Fall keinen Zentimeter vorankommt.

Vorab einen runden Tisch einzuberufen, um die Möglichkeiten auszuloten, ist ehrenwert. Die Beteiligten können Argumente und Meinun-

gen austauschen. CDU und Freie Wähler haben sich auf diesen runden Tisch berufen. Doch die Sache hat einen Haken: Bei den Parkplätzen gab es keinen Konsens.

Der Bürgerwille, er ist so einfach nicht zu fassen. Es braucht Spielregeln – und die scheinen der Stadt noch zu fehlen. Das zeigte sich auch beim runden Tisch zur Eberhardstraße, bei dem sie einfach vergessen hat, wichtige Gesprächspartner einzuladen.

Deshalb müsste vorab geklärt werden, ob ein solcher runder Tisch gemeinsame Empfehlungen aussprechen soll und ob er repräsentativ ist. Auch müssten am Ende einzelne Punkte abgefragt werden, ob diese konsensfähig sind. Sonst laufen die Bemühungen ins Leere.